

**Landesarbeitsgemeinschaft der Psychologinnen und Psychologen
im Justizvollzug des Landes NRW e.V.**

Vorstand: Peter Bolle, Martina Monschau, Dieter Rausch, Helen Schmitz, Hans Josef Voßenkaul



www.lag-psych.de

LAG-Psych c/o: e-mail: peter.bolle@jva-schwerte.nrw.de

An den Rechtsausschuss im
Deutschen Bundestag
Herrn Vorsitzenden Schmidt
und den Obleuten der Fraktionen
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Straße 1
11011 Berlin

Sekretariat Rechtsausschuss	
Eing:	20. April 2006
Az:	556
EL	Ref

2

11.04.06

Föderalismusreform

1. DM ✓ 20.4.06
2. Pub. abt 2

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Schmidt,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 15 Mai soll im Bundestag über die Föderalismusreform abgestimmt werden. In diesem Rahmen soll die Gesetzgebungszuständigkeit für den Strafvollzug vom Bund auf die Länder übertragen werden.

Wir vertreten den größten Verband von Psychologinnen und Psychologen im Strafvollzug der Bundesrepublik Deutschland. Als Fachverband, der hautnah mit den Mitgliedern dieser Gesellschaft zu tun hat, die eine Freiheitsstrafe verbüßen, sprechen wir uns gegen die Übertragung der Gesetzgebung für den Strafvollzug auf die Länder aus!

Gründe hierfür sind in der letzten Zeit durch zahlreiche Kommentare bereits mehr als genug genannt worden. Wenn die Bundesländer unter politisch-populistischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Konkurrenz treten würden, wäre eine Abkehr vom Behandlungsvollzug, ein Rückfall in den reinen Verwahrvollzug zu Lasten des Resozialisierungsauftrags gemäß § 2 StVollzG, sowie eine Verschlechterung der konkreten Situation der Inhaftierten zu befürchten.

Wir appellieren daher eindringlichst an Sie, dieses Vorhaben der Föderalismusreform zu überdenken und die bisherige Regelung beizubehalten.

Für den Vorstand

Peter Bolle

Peter Bolle